



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2016

Georg Bäuml

Russland verstehen? Eine theoriegeleitete Analyse der Krim-Annexion durch Russland

Bachelorarbeit bei
Dr. Lars C. Colschen
SoSe 2016

Inhalt

1. Russlands Annexion der Krim	3
2. Methodik	7
3. Theorien und theoretische Erwartungen	8
3.1 Theorien	9
3.1.1 Neorealismus	9
3.1.2 Konstruktivismus.....	12
3.2 Theoretische Erwartungen	15
3.2.1 Neorealismus.....	16
3.2.2 Konstruktivismus.....	17
4. Der Case- Eine empirische Analyse.....	19
4.1 Entstehung und Verlauf der Ukrainekrise.....	19
4.2 Empirische Überprüfung der Erwartungen	24
4.2.1 Neorealismus.....	24
4.2.2 Konstruktivismus.....	30
5. Fazit und Ausblick	35
Literaturverzeichnis.....	38

1. Russlands Annexion der Krim

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Zusammenbruch der Sowjetunion schien der Sieg westlicher Ordnungsvorstellungen von liberaler Demokratie und Marktwirtschaft unmittelbar bevorzustehen und der Kalte Krieg ein für allemal beendet zu sein. Die USA war militärisch und wirtschaftlich die einzig verbliebende Weltmacht und der westliche Teil Europas war durch die Mitgliedschaft in der NATO eingebettet in einer stabilen internationalen Sicherheitsstruktur. Die Sowjetunion und das spätere Russland waren dagegen wirtschaftlich am Ende und wurden nicht mehr als Bedrohung wahrgenommen (vgl. Metzler 2004: 235). Das Ende des Kalten Krieges und die Zeit des ewigen Friedens schienen gekommen zu sein. Manch einer sprach in diesem Zusammenhang schon vom „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992). Nur etwa zwanzig Jahre danach hat sich die Situation gänzlich verändert: russische und westliche Militärberater stehen sich im Osten der Ukraine gegenüber und unterstützen unterschiedliche Kriegsparteien, Russland wird aus dem Verbund der mächtigsten Industriestaaten der G8 geworfen und von allen Seiten wird von einem neuen Kalten Krieg gesprochen (vgl. Fischer 2014: 4). Auslöser dieser Entwicklungen zwischen Russland und der westlichen Staatengemeinschaft ist der seit Ende 2013 herrschende Konflikt in der Ukraine und die in diesem Zusammenhang stehende Annexion¹ der Krim durch Russland.

Am 21. März 2014 annektierte Russland die Halbinsel Krim- ein Teil des ukrainischen Staatsgebietes seit 1991. Die Annexion erfolgte fünf Tage nachdem ein Referendum in der Region abgehalten worden war, bei dem über 95% der Wahlbeteiligten für einen Anschluss der Krim an Russland votierten (vgl. Sigurdsson 2015: 1). Allerdings war das Referendum

¹ An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass der Begriff der „Annexion“ im Zusammenhang mit dem Anschluss der Krim an die russische Föderation nicht völlig unumstritten ist. Unter Annexion versteht man nach dem Völkerrecht die gewaltsame Aneignung von Land gegen den Willen eines Landes durch ein anderes Land. Inwiefern dies auf der Krim der Fall war, ist nicht mit absoluter Sicherheit geklärt. Beispielsweise sieht der deutsche Professor für Strafrecht und Rechtsphilosophie Reinhard Merkel darin vielmehr eine Sezession, also die Erklärung staatlicher Unabhängigkeit bestätigt durch ein Referendum (vgl. Merkel 2014). Unumstritten ist allerdings die Verletzung des Völkerrechts Russlands durch sein militärisches Vorgehen außerhalb seines Pachtgebietes auf der Krim. Da in der überwiegenden Mehrheit der wissenschaftlichen Fachliteratur sowie in der herrschenden juristischen Meinung der Begriff „Annexion“ im Kontext der Krim-Krise verwendet wird, wird auch in dieser Arbeit auf diese Bezeichnung zurückgegriffen.

nach ukrainischem Verfassungsrecht rechtswidrig. Das militärische Vorgehen auf der Krim sowie die Unterstützung prorussischer Separatisten im Osten der Ukraine durch Russland wurden insbesondere von der westlichen Staatengemeinschaft verurteilt und mit wirtschaftlichen Sanktionen und Einreiseverboten für ausgewählte russische Funktionäre bestraft. Russland dagegen proklamierte sein legitimes Recht, basierend auf der Geschichte der Halbinsel und dem Willen der Bevölkerung auf der Krim, die Halbinsel in ihr territoriales Staatsgebiet einzugliedern (vgl. von Beyme 2016: 94). Vorausgegangen war dem Konflikt die Auseinandersetzung über das geplante EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen, welches in den Augen vieler Ukrainer eine realistische Perspektive für eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine bot. Die Entscheidung des damaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch, von diesem Assoziierungsabkommen abzurücken im November 2013, zog Protestbewegungen in der Hauptstadt Kiew und dann im ganzen Land nach sich. Die Proteste eskalierten in den folgenden drei Monaten und führten zum Tode von Hunderten von Protestierenden Mitte Februar 2014. Nachdem Versuche der Deeskalation und der Kompromissfindung zwischen dem Präsidenten und der Oppositionsbewegung unter Beteiligung der Außenminister von Deutschland, Frankreich und Polen gescheitert waren, floh Präsident Janukowitsch nach Russland (vgl. Sigurdsson 2015: 1). Bis heute (Stand Juni 2016) ist die Krim ein von Russland kontrolliertes Gebiet und in naher Zukunft ist nicht damit zu rechnen, dass sie in ukrainisches Staatsgebiet zurückfallen wird.

Aus welchen Gründen traf die russische Regierung die Entscheidung im Februar 2014, die Krim völkerrechtswidrig zu annektieren und damit die schwerste Krise in Europa seit der Raketenkrise 1984 zu verursachen (vgl. Fischer 2014: 1)? Aus ressourcenstrategischen Überlegungen und um der gefühlten Einkesselung durch den Beitritt ehemaliger Satellitenstaaten in die Nato entgegenzuwirken? Oder aus Verbundenheit zur mehrheitlich russischsprachigen Bevölkerung auf der Krim und aufgrund eines fehlenden gemeinsamen Wertekonsenses mit der neuen prowestlichen und antirussischen Regierung? Dieser Frage soll in der Arbeit nachgegangen werden. Zur Beantwortung der Frage werden zwei Theorien aus den Internationalen Beziehungen herangezogen und gegenübergestellt: der Neorealismus und der Konstruktivismus. Ziel dieser Arbeit ist es aufzuzeigen, welche Theorie das russische Verhalten während des Konflikts auf der Krim überzeugender erklären kann. Daneben soll

der Blick durch die „Theorie-Brille“ dazu dienen, neue Erkenntnisse über den Krim-Konflikt zu erlangen, die über reines „Alltagswissen“ hinausgehen und somit ein umfangreiches Verständnis für das Vorgehen Russlands ermöglichen. Die abhängige Variable stellt in dieser Arbeit das Verhalten Russlands während der Ukraine Krise dar. Mit „Verhalten Russlands“ sind dabei vordergründig die völkerrechtswidrige Krimannexion sowie die militärischen Destabilisierungsmethoden im Osten der Ukraine gemeint. Die Theorien sollen dabei helfen, die unabhängige Variable aufzudecken, also die Frage nach den Motiven für das russische Handeln.

Forschungsstand und Vorgehensweise

Ein Blick in die deutsche Medienlandschaft macht deutlich, dass der Ukraine Konflikt polarisiert und emotional aufgeladen ist. Verurteilt man das russische Vorgehen während der Ukraine Krise und insbesondere die Annexion der Krim, so wird schnell der Vorwurf laut, man betrachte den Konflikt nur aus einem westlichen Blickwinkel mit „antirussischen Tendenzen“, ohne das nötige Feingespür, um sich in die Situation Russlands hineinversetzen zu können (vgl. Bidder 2014). Versucht man dagegen die russische Argumentation für ihr militärisches Handeln nachzuvollziehen, wird man als „Putin-“ oder „Russlandverstehler“ gebrandmarkt. Auch ein Blick auf die Fachliteratur zeigt, dass die Wissenschaft nicht vor vorschnellen Urteilen geschützt ist, wenn bereits in Überschriften wie „Russian 'deniable' intervention in Ukraine: how and why Russia broke the rules“ (Allison 2014) oder „Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault“ (Mearsheimer 2014) die Schuldigen und Nicht-Schuldigen ausfindig gemacht sind. Die Neorealisten führen Russlands Annexion der Krim auf machtpolitische Motive zurück: Russland sei durch die NATO-Erweiterung gen Osten in seiner Sicherheit massiv bedroht worden und habe sich durch seine Tätigkeiten in der Ukraine davor bewahrt, dass sich ein weiterer wichtiger Verbündeter dem Westen anschließt (vgl. Mearsheimer 2014). Eine offensivere Variante führt das russische Vorgehen auf neoimperiale Expansionsbestrebungen zurück, die nur durch ein entschlossenes Handeln des Westens eingedämmt werden könnten (vgl. van Herpen 2014). Die konstruktivistische Seite betont dagegen die kulturelle Verbundenheit Russlands mit der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine, die man gegen ukrainische Nationalisten schützen müsse. Daneben wird in diesen Ansätzen oftmals die historische Bedeutung der Krim für Russland unterstrichen (vgl.

Jobst 2015 oder Sigurdsson 2015). In dieser Arbeit wird der Versuch unternommen, eine möglichst differenzierte Sichtweise des Konflikts aufzubieten, indem auf eine breite Literatur zurückgegriffen wird und vorschnelle Verurteilungen vermieden werden. Dennoch muss darauf hingewiesen werden, dass der Großteil der in dieser Arbeit verwendeten Literatur aus dem angelsächsischen Sprachraum stammen wird und somit russische Literatur, sofern sie nicht ins Englische übersetzt wurde, außen vor gelassen werden muss. Während bereits eine Reihe von neorealistischen und einige konstruktivistische Erklärungsansätzen zur Analyse des russischen Verhaltens in der Ukrainekrise in der wissenschaftlichen Fachliteratur vorzufinden sind, existiert noch keine Arbeit, die systematisch aus den beiden Theorien abgeleitete Hypothesen zu diesem Konflikt erarbeitet, überprüft und gegenübergestellt hat. Hierin soll auch der Mehrwert dieser Arbeit für die politikwissenschaftliche Analyse der Außenpolitik von Staaten liegen.

Der Ablauf der Arbeit gliedert sich wie folgt: Nachdem kurz die Methodik der Einzelfallstudie erläutert wird, werden in einem Theorieteil die beiden konkurrierenden Denkschulen des Neorealismus und des Konstruktivismus näher vorgestellt. Bei der Vorstellung des Neorealismus wird dabei vorwiegend auf die Arbeiten von Kenneth Waltz zurückgegriffen. Beim Konstruktivismus stehen dagegen die Ausführungen von Alexander Wendt im Vordergrund. In einem nächsten Schritt werden dann die Erwartungen der jeweiligen Theorien für den Krim-Konflikt herausgearbeitet. Darauffolgend sollen der Verlauf und die Entstehung der Ukrainekrise genauer dargestellt werden. Anschließend soll dann in der Empirie überprüft werden, welche der beiden Theorien Russlands Motive für die Annexion der Krim besser erklären kann. Zum Schluss wird ein Fazit gezogen und ein Ausblick über die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen gegeben.

Der Untersuchungszeitraum reicht von November 2013 bis Februar 2015. Der Startpunkt im November 2013 wird gewählt, da in dieser Zeit das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU unterzeichnet hätte werden sollen. Erst durch das Nichtzustandekommen des Abkommens konnten sich die Protestbewegungen formieren, die letztendlich zur Absetzung des Präsidenten führten und dadurch die Annexion der Krim als russische Reaktion auslösten. Der Endzeitpunkt wird mit Februar 2015 gewählt, da in dieser Phase das zweite Minsker Abkommen unterzeichnet wurde, das zu einem Waffenstillstand hätte führen

sollen und zu den Entwicklungen nach Februar 2015 bisher noch nicht ausreichend wissenschaftliche Fachliteratur vorliegt.

2. Methodik

Als Methode wird die qualitative Analyse einer Einzelfallstudie angewandt. Eine Einzelfallstudie wird in dieser Arbeit nach John Gerring definiert als „an intensive study of a single unit with an aim to generalize across a larger set of units“ (Gerring 2004: 341). Fallstudien fokussieren sich oftmals auf selten stattfindende historische Ereignisse oder „events“, die Gerring folgendermaßen spezifiziert: „Let me define an event provisionally as an instance of substantial and relatively quick change in an independent or dependent variable of theoretical interest“ (vgl. Gerring 2004: 351). Der „Case“ in dieser Arbeit ist die im Kontext der Ukrainekrise abgelaufene Annexion der Krim durch Russland und das „Event“, das zu der Annexion als russische Reaktion geführt hat, der Regierungsumsturz in der Ukraine im Februar 2014. Der Fall wurde ausgewählt, da er seit dem Ende des Kalten Krieges einen der ersten internationalen Konflikte darstellt, in denen sich zwei militärische Großmächte (USA und Russland) konfrontativ in einem dritten Land gegenüberstehen. Es bietet sich also an, zwei Großtheorien aus den Internationalen Beziehungen in einem aktuellen internationalen Konflikt auf ihre Zeitgemäßheit zu überprüfen. Im Zuge dieser Einzelfallstudie soll das Ereignis anhand von theoretischen Hypothesen genauer unter die Lupe genommen werden. Dazu werden Erwartungen aus den Theorien abgeleitet, wie sich Staaten im internationalen System verhalten. Anschließend wird dann überprüft, inwiefern dies auf das russische Verhalten während der Ukrainekrise und insbesondere in der Annexion der Krim zutrifft. Die empirische Überprüfung der theoretischen Erwartungen erfolgt anhand von Primär- und Sekundärquellen. Bei den Primärquellen werden Aussagen hoher russischer Regierungsvertreter, russische Strategiepapiere zur Außenpolitik sowie offizielle Dokumente wie das EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen oder das Minsker-Abkommen ausgewertet. Bei den Sekundärquellen werden neben wissenschaftlicher Fachliteratur aufgrund der Aktualität des Themas auch zahlreiche Berichte internationaler Online-Medien verwendet.

Fallstudien besitzen im Wesentlichen zwei Funktionen: Theorietest und Theorieentwicklung (vgl. Stykow 2009: 164). Ziel in dieser Einzelfallstudie wird ein Theorietest sein, indem die Vorhersagen aus den „großen“ Theorien der Internationalen Beziehungen überprüft werden und bewertet wird, inwiefern deren Grundannahmen im Kontext des Konflikts zutreffen. Bei der Methode der Einzelfallstudie werden allerdings oftmals Bedenken vorgetragen. So reiche ein einzelner Fall nicht aus, um Aussagen über das zu untersuchende Phänomen zu verallgemeinern. Deshalb trage die Untersuchung eines Einzelfalls keinen Mehrwert zur wissenschaftlichen Debatte bei (vgl. Sigurdsson 2015: 8). Daneben wird oftmals der Vorwurf laut, qualitative Fallstudien seien nur ein schlechter Ersatz für quantitative Analysen (vgl. Stykow 2009: 167). Auch wenn diese Kritikpunkte nicht vollkommen von der Hand zu weisen sind, so bietet die Methode auch eine Reihe von Vorteilen. Beispielsweise lässt sich durch die tiefgründige Untersuchung eines Einzelfalls die „Oberflächlichkeit statistischer Verfahren“ vermeiden (Stykow 2009: 164). Daneben trägt die Fallstudie zum Verständnis von Prozessen und Entscheidungsfindungsverfahren innerhalb politischer Strukturen bei (vgl. Sigurdsson 2015: 8). Für die Anwendung einer Fallstudie benötigt man eine „careful and in-depth consideration of the nature of the case, historical background, physical setting, and other institutional and political contextual factors“ (Hyett 2014: 9). Insofern eignet sich eine qualitative Fallstudie, um die wesentlichen Elemente einer politikwissenschaftlichen Problemstellung zu erforschen und in einen theoretischen Kontext einzubetten. Eine Analyse über Russlands außenpolitisches Verhalten in der Ukraine Krise und insbesondere in der Annexion bietet sich als geeigneter Fall an, um die Methode der qualitativen Fallstudie anzuwenden. Die Entscheidung Russlands, die Krim zu annektieren stellt einen „critical point“ dar in den Beziehungen zwischen „West“ und „Ost“ und bedarf somit einer genaueren Untersuchung.

3. Theorien und theoretische Erwartungen

Dieses Kapitel dient dazu, die theoretischen Grundlagen für die Analyse von Russlands außenpolitischen Entscheidungen während der Ukraine Krise darzulegen. Im Folgenden

werden deshalb die Theorien und die daraus abgeleiteten theoretischen Erwartungen für das russische Verhalten während des Ukraine-Konflikts dargestellt.

3.1 Theorien

Die beiden in dieser Arbeit verwendeten Theorien, mit denen das Verhalten Russlands in der Ukrainekrise im Allgemeinen und in der Krimkrise im Besonderen analysiert werden, sind der Neorealismus und der Konstruktivismus. Bei der Darstellung der Theorien wird folgendermaßen vorgegangen: in einem ersten Schritt werden die relevanten Akteure und deren Dispositionen vorgestellt. Anschließend werden die Strukturen der jeweiligen Theorien aufgezeigt, die den Möglichkeitsraum an Handlungen der Akteure bestimmen. Daraufgehend wird auf die Prozesse eingegangen, die sich aus dem Zusammenwirken von Akteuren und Strukturen im internationalen System ergeben (vgl. diese Vorgehensweise bei Schimmelfenning 2015: 50f). Den beiden Theorien liegt die Annahme zugrunde, dass es im internationalen System keine übergeordnete Weltpolizei mit einem Gewaltmonopol gibt, sodass eine anarchische Ordnung vorliegt. Die Konsequenzen, die die beiden Theorien aus dieser Prämisse ziehen, sind jedoch grundlegend verschieden.

3.1.1 Neorealismus

Der Neorealismus hat die Disziplin der Internationalen Beziehungen so stark wie keine andere Theorie geprägt (vgl. Schörnig 2010: 65). Er entwickelte sich aus dem Realismus, der nach dem Zweiten Weltkrieg bis Ende der 1970er Jahre die dominante Theorie in den Internationalen Beziehungen darstellte (vgl. Schimmelfenning 2015: 66). Als Begründer des Neorealismus gilt Kenneth N. Waltz mit seinem Werk „Theory of International Politics“ von 1979. Im Folgenden stehen auch die Ausführungen von Waltz und seine Annahmen bezüglich des Neorealismus im Vordergrund. Während der Realismus, geprägt von den Erfahrungen der beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert, Kriege anthropologisch mit den Wesenszügen des Menschen erklärte, lehnt der Neorealismus solche Erklärungsmuster ab und führt internationale Konflikte auf strukturelle Dynamiken im internationalen System zurück. Der Neorealismus ist in seiner Entstehung stark vom Ost-West-Konflikt geprägt worden und

wollte in diesem Kontext zwei zentrale Fragestellungen klären: Erstens, warum der Ost-West-Konflikt trotz massiver Aufrüstung auf beiden Seiten nicht in einer militärischen Konfrontation eskaliert ist, sondern eine relativ stabile Zeit im internationalen System darstellt. Zweitens, warum die Vormachtstellung der USA nicht dauerhaft währte angesichts der weltwirtschaftlichen Krisen und des Verlusts der hegemonialen Stellung der USA in den 1970er Jahren (vgl. Schörning 2010: 65f). Infolgedessen wollte der Neorealismus eine Theorie aufbieten, mit der sowohl Phasen des internationalen Konflikts als auch des Friedens nachvollzogen werden konnten.

Akteure und deren Dispositionen

Für den Neorealismus sind die zentralen Akteure Staaten, die einheitlich und uniform nach außen auftreten. Was für ein politisches System vorherrscht oder was für innenpolitische Prozesse innerhalb eines Staates auftreten, ist für die Analyseebene des Neorealismus nicht wesentlich. Innerstaatliche Aushandlungsprozesse werden als „black box“ betrachtet, in die man nicht hineinsehen kann. In der Folge sind also alle Staaten ihrem Kern nach gleich (vgl. Schörning 2010: 71). Im Wesentlichen formuliert der Neorealismus drei Kernannahmen, die für die Disposition aller Staaten gelten: 1. Oberste Priorität aller Staaten ist es, das „Überleben“ sicherzustellen. Überleben bedeutet in diesem Zusammenhang allerdings nicht nur rein physisch zu überleben, sondern die politische Autonomie oder Souveränität zu bewahren. 2. Staaten sind zweck-rationale, egoistische Akteure, das heißt sie versuchen immer nur solche Aktionen durchzuführen, die ihren eigenen Nutzen maximieren. 3. Staaten sind ausgestattet mit einer Reihe von Machtmitteln, die sie einsetzen können, um sich zu verteidigen oder um andere Staaten im internationalen System unter Druck zu setzen. Die jeweilige Ausstattung an Machtmitteln unterscheidet sich dabei von Staat zu Staat. Dass neben Staaten auch noch weitere Akteure wie etwa internationale Organisationen und Konzerne in der Realität eine Rolle spielen, verneint der Neorealismus nicht. Allerdings sind sie für ihn nicht relevant zur Bestimmung der wesentlichen Prozesse in der internationalen Politik (vgl. Schörning 2010: 72).

Strukturen und Strukturwirkungen

Nach Kenneth Waltz existieren im internationalen System drei relevante Strukturen: die herrschende Ordnung, die Arbeitsteilung und die Machtverteilung zwischen den Akteuren. Die Ordnung im internationalen System ist die Anarchie. Es gibt also keine übergeordnete Autorität, die für die Einhaltung von Regeln zuständig wäre und diese mit einem Gewaltmonopol auch durchsetzen könnte. Die Folge dieser Strukturannahme ist, dass Staaten auf sich allein gestellt und selbstverantwortlich für ihre eigene Sicherheit sind. Sie können sich auf keine übergeordnete Instanz verlassen, die ihnen Schutz gewährt. Daraus ergibt sich ein Gefühl von ständiger Unsicherheit für die Staaten, weshalb sie große Anstrengungen unternehmen, um eigene Machtmittel anzuhäufen. Denn nur wer über genügend Macht verfügt, ist vor einem Angriff sicher und kann seine Autonomie behaupten. Mit „Macht“ bezeichnet der Neorealismus überwiegend „militärische oder militärisch nutzbare Ressourcen“ (Schimmelfenning 2015: 70). Macht ist jedoch ein relatives Gut, das bedeutet: Nicht die absolute Anzahl an militärischen Machtmitteln ist entscheidend, sondern die Fülle an militärischen Ressourcen im Vergleich zu anderen Staaten. Des Weiteren liegt im internationalen System keine Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Staaten vor. Jeder Staat muss die wesentlichen Herrschaftsfunktionen eigenständig ausführen. Das internationale System ist also ein Selbsthilfesystem: „The international imperative is: take care of yourself“ (Waltz 1979: 107). Was die Machtverteilung im internationalen System anbelangt, so sind für Waltz drei Konstellationen möglich: das internationale System kann unipolar sein (es existiert ein Hegemon, der über besonders viel Macht verfügt), es kann bipolar sein (zwei mächtige Staaten stehen sich gegenüber; der Rest der Staaten schließt sich einem der beiden Staaten an oder bleibt neutral) oder es ist multipolar (es gibt viele verschiedene mächtige Staaten). Was für eine Wirkung diese strukturellen Bedingungen auf die handelnden Staaten haben, soll nun im Folgenden dargestellt werden.

Prozesse

Aufgrund der Anarchie im internationalen System müssen Staaten Macht anhäufen, um ihr Überleben sicherstellen zu können. Da dies für alle Staaten gilt, kommt es zu einem Wettlauf

um Machtakкумуляtion zwischen den Staaten. Dies wiederum führt zu einem Prozess der Machtkonkurrenz, welcher charakteristisch für die internationale Politik ist (vgl. Schimmelfenning 2015: 78). Nach dem Neorealismus können sich die Staaten erst dann sicher fühlen, wenn ein Mächtegleichgewicht im internationalen System vorliegt, da „potenziell aggressive Staaten durch die Möglichkeit einer Niederlage abgeschreckt werden. Dementsprechend gilt es, Machtungleichgewichte schon im Ansatz zu kompensieren, da das Überleben durch eine drohende Überlegenheit des Gegenübers nicht mehr zwingend gewährleistet ist.“ (Schörnig 2010: 74f). Im neorealistischen Sprachgebrauch werden solche Prozesse als „Balancing“ bezeichnet. Die Struktur des internationalen Systems ist die entscheidende unabhängige Variable in der Theorie des Neorealismus und beeinflusst maßgeblich, welche der verfügbaren Handlungsoptionen die Staaten auswählen. Die einzelnen Staaten sind dadurch gezwungen, ihre eigenen Machtmittel mit denen der anderen Staaten in Relation zu setzen. Kann ein Staat besonders viel Macht akkumulieren und sich dadurch einen Vorsprung an Machtmitteln erarbeiten, stellt er für die anderen Staaten eine potenzielle Bedrohung dar. Diese können dann entweder durch individuelles Anhäufen von militärischen Ressourcen (internes Balancen) oder durch Bündnisschließung mit anderen Staaten (externes Balancen) das kurzfristig bestehende Machtungleichgewicht ausgleichen. Dieses System hat letztendlich zur Konsequenz, dass „Anarchie, Machstreben und Machtkonkurrenz immer wieder reproduziert werden“ (Schimmelfenning 2015: 66).

3.1.2 Konstruktivismus

Der Konstruktivismus entwickelte sich in den 1990er Jahren als Gegenposition zum Neorealismus und Institutionalismus, den bis dahin dominanten Theorien in den Internationalen Beziehungen. Vor allem der Neorealismus hatte Schwierigkeiten, das friedliche Ende des Ost-West Konflikts und den Zusammenbruch der Sowjetunion zu erklären. Mit der bis dato weit verbreiteten Annahme in den Internationalen Beziehungen, dass Interessen und Identitäten exogen gegeben sind, konnte Wandel nur unzureichend erklärt werden (vgl. Friedrich 2011: 34). Nach dem Konstruktivismus dagegen können sich Identitäten und Interessen in Interaktion mit anderen Akteuren verändern und deshalb erwies

sich der Konstruktivismus als nützlicher Erklärungsansatz, um das friedliche Ende des Kalten Krieges zu verstehen.

Akteure und deren Dispositionen

Wie im Neorealismus sind auch im staatszentrierten Konstruktivismus nach Alexander Wendt Staaten die wesentlichen Akteure, die sich nach außen als eine Einheit präsentieren. Allerdings handeln sie nicht zwingend egoistisch und zweckrational, sondern nach der „Logik der Angemessenheit“. Das bedeutet, dass sich Akteure für diejenige Handlungsweise entscheiden, „die in der gegebenen Situation ihrer sozialen Rolle, den geltenden sozialen Normen, den institutionellen Regeln oder den kulturellen Werten ihrer Gemeinschaft angemessen ist“ (Schimmelfenning 2015:162). Ihr Interessenfokus liegt nicht darin, den eigenen Nutzen zu maximieren, sondern sich so zu verhalten, dass sie ihre normativen Verpflichtungen erfüllen und gesellschaftlichen Erwartungen entsprechen. Staaten übernehmen und vertreten die Wertvorstellungen ihrer internationalen Gemeinschaft und handeln nach diesen Normen, selbst wenn dieses Verhalten Kosten verursacht (vgl. Schimmelfenning 2015: 163).

Strukturen und Strukturwirkungen

Eine weitere Parallele zum Neorealismus besteht darin, dass der Konstruktivismus eine systemische Theorie ist. Im Gegensatz zu subsystemischen Strömungen wie dem Liberalismus beeinflussen also die Strukturen des internationalen Systems maßgeblich die Handlungen der Akteure. Neben materiellen Strukturen wie der internationalen Machtverteilung nehmen „intersubjektive“, ideelle Strukturen eine bedeutende Rolle ein. Intersubjektiv bedeutet, dass sie nicht nur die Wahrnehmung und das Verhalten einzelner Personen beeinflussen, „sondern die Kognitionen von Gruppen strukturieren“ (Schimmelfenning 2015: 164). Die wesentlichen Bestandteile intersubjektiver Strukturen sind dabei Ideen und Identitäten. Ideen umfassen in diesem Zusammenhang das Wissen über bestehende Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge, Vorstellungen über politische Wertvorstellungen sowie Normen als kollektive Wegweiser angemessenen Verhaltens. Die

Identität bestimmt wer wir sind, was uns miteinander verbindet und wie wir uns von anderen unterscheiden. Sie definiert somit eine „in-group“ in Abgrenzung zu einer „out-group“ und begründet sich auf gemeinsamen Ideen. Somit werden Gruppen gebildet, die gemeinsame Werte, Normen und Überzeugungen teilen und die sich von anderen Gruppen unterscheiden, die andere Werte, Normen und Überzeugungen vertreten. Die Gesamtheit gemeinsam geteilter Ideen wird im Konstruktivismus als Kultur aufgefasst. Teilt eine Gruppe eine gemeinsame Kultur, dann bildet sie eine Gemeinschaft und alle Mitglieder dieser Gemeinschaft besitzen eine Identität, die auf gemeinsamen Werten, Normen und Überzeugungen fußt (vgl. Schimmelfenning 2015: 165). Ideen geben die Struktur für das Handeln und die Interaktion der Akteure vor und sind somit bedeutender für die Struktur des internationalen Systems als materielle Strukturen. Daraus ergeben sich auch unmittelbar Konsequenzen für das Verhalten der Akteure in der internationalen Politik. Die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft und das kulturelle Bewusstsein wirken sich maßgeblich auf die Wahrnehmung, Einordnung und Interpretation unserer Umwelt aus. Nach der konstruktivistischen Sichtweise ist es für einen Staat unerheblich, ob ein anderer Staat militärisch aufrüstet und über mehr materielle Ressourcen verfügt als man selbst, solange er Mitglied der gleichen internationalen Gemeinschaft ist und man mit diesem die gleichen Werte, Normen und Überzeugungen teilt (vgl. Schimmelfenning 2015: 167). Nur aus der internationalen Machtstruktur lässt sich also nicht auf das Verhalten der internationalen Akteure schließen. Zwar sieht auch der Konstruktivismus eine anarchische Ordnung im internationalen System vorliegen, allerdings ergibt sich daraus für ihn nicht notwendigerweise ein Selbsthilfesystem wie im Neorealismus. „Anarchy is what states make of it“ (Wendt 1992). Es liegt an den Staaten, wie sie mit der Anarchie umgehen. Im Wesentlichen liegen zwei verschiedene Ausprägungen intersubjektiver Strukturen im internationalen System vor: Zum einen kann internationale Politik in einer internationalen Gemeinschaft eingebettet sein, also auf der Grundlage einer gemeinsamen Kultur. Hierin ergeben sich die Probleme der Anarchie erst gar nicht, da aufgrund gemeinsam geteilter Werte ein großes gegenseitiges Vertrauen herrscht. Kommt es dagegen zur Konfrontation gegensätzlicher Kulturen auf der internationalen Ebene, so verschärft sich das Anarchieproblem noch weiter (vgl. Schimmelfenning 2015: 168). Für Wendt lassen sich drei verschiedene Strukturen im internationalen System unterscheiden, je nachdem, welches gegenseitige Rollenverständnis

den Akteuren zugrunde liegt. Er bezeichnet diese Strukturen als die Hobbe'sche, Locke'sche oder Kantianische Struktur (vgl. Wendt 1999: 247). Diese Strukturen und die darin vertretenen Werte, Normen und Überzeugungen repräsentieren dabei unterschiedliche Kulturen von Anarchie. Wie Staaten andere Staaten wahrnehmen und auf welcher Strukturebene Staaten miteinander agieren, hat gravierende Auswirkungen auf das außenpolitische Verhältnis zwischen den Staaten.

Prozesse

Treffen Staaten aufeinander, die gemeinsame Werte, Normen und Überzeugungen teilen, so begegnen sie sich in einer Kantianischen Struktur. Sie nehmen sich als Freunde wahr, empfinden sich grundsätzlich als sympathisch und vertrauen einander. Hierin existieren die Probleme der Anarchie erst gar nicht, da man sich gegenseitig unterstützt und nicht als Bedrohung wahrnimmt. Kommt es dagegen zur Interaktion zwischen Staaten, die gegensätzliche Auffassungen und Werte vertreten, dann handeln diese innerhalb einer Hobbe'schen Struktur. Sie nehmen sich also gegenseitig als Feinde wahr und misstrauen einander. Das Anarchieproblem verschärft sich, da nun ein Interesse besteht, dem anderen Schaden hinzuzufügen. Eine Zwischenform sieht Wendt in der Locke'schen Struktur, in der sich Staaten gegenseitig als Rivalen wahrnehmen.

3.2 Theoretische Erwartungen

Im Folgenden werden nun die aus den Theorien abgeleiteten Hypothesen aufgelistet und näher erläutert. Zuerst werden die jeweiligen Hypothesen allgemein formuliert und dann näher beschrieben, was die Hypothesen im Kontext der Ukrainekrise genauer bedeuten. Zusätzlich werden die Untersuchungskriterien aufgezeigt, nach denen die theoretischen Erwartungen überprüft werden. Die empirische Überprüfung erfolgt dann in Abschnitt 4.2. Begonnen wird mit dem Neorealismus.

3.2.1 Neorealismus

1. *Staaten sind die wesentlichen Akteure und handeln nach außen einheitlich.*

Diese erste aus dem Neorealismus abgeleitete Hypothese trifft sowohl für den Neorealismus als auch für den staatszentrierten Konstruktivismus nach Alexander Wendt zu. Nach dieser Annahme wäre zu erwarten, dass die wesentlichen Akteure in der Krise Regierungsvertreter waren und diese einheitlich gehandelt haben. Wesentlich bedeutet in diesem Kontext, dass sie an den entscheidenden Krisentreffen während des Ukraine Konflikts teilgenommen haben und internationale Organisationen und Konzerne dabei keine Rolle gespielt haben. Um diese Annahme zu untersuchen, wird ein Blick auf die seit November 2013 stattfindenden internationalen Krisentreffen geworfen. Hier würden beide Theorien vermuten, dass ausschließlich Regierungsgesandte teilgenommen haben und andere zivilgesellschaftliche Akteure außen vor gelassen worden sind.

2. *Staaten sind „Nutzenmaximierer“ und führen nur Aktionen durch, die ihren eigenen Nutzen ohne Rücksicht auf den Nutzen anderer Länder erhöhen.*

Auf die Ukraine Krise bezogen würde diese Hypothese vermuten lassen, dass die Annexion der Krim vorteilhaft für Russland war. Vorteilhaft bedeutet hier, dass Russland durch die Annexion der Krim einen Zugewinn an Ressourcen zu verzeichnen hat. Außerdem würde erwartet werden, dass die Krim strategisch von großer Bedeutung für Russland ist. Um diese Annahme genauer zu überprüfen, wird ein Blick auf den Zugewinn Russlands an Ressourcen wie Öl- und Gasvorkommen durch die Annexion geworfen. Darüber hinaus werden die geographische Lage der Krim und die sich daraus ergebende strategische Bedeutung der Krim analysiert.

3. *Staaten agieren aggressiv und bestimmt, wenn sie im internationalen System ihre Sicherheitsstellung gefährdet sehen*

Im Kontext der Ukraine Krise wäre nach dieser Hypothese zu erwarten, dass sich Russlands Einschätzung der eigenen Sicherheitslage durch die neue prowestliche Übergangsregierung in der Ukraine veränderte. Durch die potenzielle Annäherung der Ukraine an den Westen und dem damit einhergehenden verschärften Machtungleichgewicht zugunsten der EU und der

NATO würden sie sich in ihrer Sicherheit zunehmend gefährdet sehen. Um diese theoretische Erwartung zu überprüfen, wird untersucht, inwiefern sich die Ukraine wirklich dem Westen militärisch annähern und eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der EU und der Nato anstreben wollte. Dazu werden unter anderem die Artikel zur sicherheitspolitischen Zusammenarbeit im EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen untersucht. Daneben werden Aussagen russischer Politiker ausgewertet, inwiefern sich diese vom „Westen“ in ihrer Sicherheitslage bedroht fühlten.

4. *Wenn eine Tendenz zum Machtungleichgewicht im internationalen System vorliegt, dann versuchen andere mächtige Staaten durch eigene Aufrüstung oder durch Bündnisschließungen ein Mächtegleichgewicht wiederherzustellen.*

Im Fall Russland lässt der Neorealismus erwarten, dass Russland durch die Wahrnehmung eines Mächteungleichgewichts aufgrund der Annäherung der Ukraine an den Westen Aktionen unternahm, um zu „Balancen“ und sich dadurch einem internationalen Machtgleichgewicht wieder anzunähern. Balancingaktionen umfassen dabei sowohl Bündnisschließungen mit anderen Staaten als auch eigenes militärisches Aufrüsten. Zur Untersuchung dieser These wird ein Blick darauf geworfen, inwiefern es während der Ukraine Krise zu neuen strategischen Kooperationen zwischen Russland und anderen Staaten gekommen ist. Darüber hinaus wird geprüft, ob es nach dem Regierungsumsturz zu erhöhten militärischen Aufrüstungsaktionen gekommen ist.

3.2.2 Konstruktivismus

1. *Wenn Staaten gemeinsame Werte miteinander teilen, dann sind ihre außenpolitischen Beziehungen freundlich gestimmt*

Die erste herausgearbeitete Hypothese des Konstruktivismus bezieht sich auf die Auswirkungen von geteilten Werten und einer gemeinsamen Kultur auf die außenpolitischen Beziehungen von Staaten. Aus konstruktivistischer Perspektive lässt sich aus der Tatsache, dass ein Staat über schwere Waffen verfügt und militärisch eine Übermacht darstellt weder seine außenpolitischen Handlungen noch die der anderen Staaten ableiten. Viel bedeutender ist,

wie das Verhältnis zwischen den beiden Staaten ist. Teilen sie die gleichen Werte und Überzeugungen oder nicht? Der Konstruktivismus würde im Fallbeispiel vermuten, dass die Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine von einer Kant'schen Kultur geprägt sind, solange sie sich aufgrund gemeinsam geteilter Werte als „Freunde“ wahrnehmen und sich der gleichen internationalen Gemeinschaft angehörig fühlen. Dies wirkt sich aus, indem beispielsweise Konflikte ausschließlich friedlich gelöst werden, man bei Handelsbeziehungen nicht auf relative Gewinne achtet, sondern bisweilen großzügige Kredite gewährt und indem man sich gegenseitig unabhängig von militärischen Aufrüstungsaktionen nicht als Bedrohung wahrnimmt. Um die Hypothese zu überprüfen werden im empirischen Anwendungsteil Aussagen hoher russischer Regierungsvertreter zum Verhältnis der beiden Staaten unter die Lupe genommen. Dabei liegt der Fokus auf das Verhältnis vor dem Regierungsumsturz in der Ukraine. Außerdem werden die wirtschaftlichen Handelsbeziehungen näher betrachtet und untersucht, ob großzügige Nachlässe gewährt worden sind.

2. Wenn Staaten keine gemeinsamen Werte miteinander teilen, handeln Staaten außenpolitisch nach der Logik der Anarchie.

Nehmen sich Staaten nicht als Freunde, sondern als Feinde wahr, so hat dies auch unmittelbar Einfluss auf die außenpolitischen Beziehungen. Sobald Russland die Ukraine also nicht mehr als Freund, sondern als Feind wahrnimmt, sind die außenpolitischen Beziehungen von einer Hobbes'schen Kultur geprägt. Man teilt nicht mehr ausreichend gemeinsame Werte, Normen und Überzeugungen, um noch der gleichen internationalen Gemeinschaft angehören zu können. Das bedeutet, dass Konflikte teilweise militärisch gelöst werden, bei den Handelsbeziehungen keine großzügigen Kredite eingeräumt werden und man den anderen als Bedrohung für die eigene Sicherheit ansieht. Zur Untersuchung der theoretischen Erwartungen werden dazu Aussagen russischer Regierungsvertreter insbesondere nach dem Beginn der Krise ausgewertet. Darüber hinaus wird ein Blick auf die Handelsbeziehungen nach Ausbruch der Krise geworfen.

3. Staaten unterstützen Regionen, mit denen sie kulturell und ideell eng verbunden sind

Diese aus dem Konstruktivismus abgeleitete Hypothese würde vermuten lassen, dass die Krim historisch eine große Bedeutung für Russland hat und sich mit der Bevölkerung

aufgrund sprachlich-kultureller Gemeinsamkeiten eng verbunden fühlt. Die Krim-Annexion wäre dann eine Art Schutzakt, um die dortige Bevölkerung vor ukrainischen Nationalisten zu schützen. Die Hypothese wird überprüft, indem ein Blick auf die historische Bedeutung der Krim für Russland geworfen wird. Außerdem werden Aussagen russischer Politiker untersucht, inwiefern diese die Annexion der Krim als Schutz der dort lebenden Bevölkerung rechtfertigen und ob es überhaupt Vorhaben der neuen ukrainischen Regierung gab, die das Leben der Krimbewohner gefährdet oder beeinträchtigt hätten.

4. Der Case- Eine empirische Analyse

Im Folgenden soll nun überprüft werden, welche „Großtheorie“ aus den Internationalen Beziehungen das russische Verhalten in der Ukraine-Krise und insbesondere rund um die Annexion der Krim überzeugender erklären kann. Dazu werden in einem ersten Schritt die Entstehung und der Verlauf des Konflikts nachgezeichnet und beschrieben. In einem nächsten Schritt werden dann die einzelnen aus den Theorien abgeleiteten Hypothesen aufgelistet und empirisch überprüft. Nach der Untersuchung der Hypothesen aus den jeweiligen Theorien erfolgt jeweils eine kurze Bewertung der Erklärungskraft der theoretischen Aussagen.

4.1 Entstehung und Verlauf der Ukrainekrise

Um das Vorgehen Russlands in der Ukraine-Krise besser verstehen und aus einem theoretischen Blickwinkel erklären zu können, muss zunächst ein Blick auf den Verlauf und die Entstehung der Krise geworfen werden. Nachdem im Dezember 2011 das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine nicht zustande gekommen war, wurde im November 2013 ein neuer Versuch zur Unterzeichnung des Vertrages unternommen. Das Abkommen sah unter anderem die Schaffung einer Freihandelszone und eine engere politische Zusammenarbeit mit der Europäischen Union vor und sollte die Ukraine stärker an die EU binden. Da Russland jedoch Druck auf die ukrainische Regierung ausübte und damit drohte, zukünftig Importzölle auf ukrainische Waren zu verhängen,

entschloss der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch, das Abkommen nicht zu unterzeichnen (vgl. Tagesschau.de 2015). In den darauffolgenden Tagen kommt es zu Demonstrationen gegen diese Entscheidung. Tausende Ukrainer gehen für einen proeuropäischen Kurs auf die Straße. Die Menschen fordern unter anderem die Wiedereinführung der Verfassung von 2004, vorgezogene Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, eine unabhängige Justiz und eine konsequentere Bekämpfung der Korruption (vgl. LPB 2016). Im Januar und Februar 2014 intensivieren sich die Proteste gegen den Präsidenten Janukowitsch auf dem Maidan in Kiew. Über 100 Personen sterben im Zuge der Protestaktionen (vgl. Tagesschau.de 2015). Mitte Februar 2014 werden dann Versuche unternommen, einen Kompromiss zu finden, um die Situation zu deeskalieren. Unter der Beteiligung der Außenminister Frankreichs, Deutschlands und Polens unterzeichnen Regierung und Opposition ein Abkommen, durch das der gewaltsame Konflikt beendet werden soll. In dem Abkommen sind unter anderem vorgezogene Präsidentschaftswahlen vorgesehen, die im Dezember 2014 abgehalten werden sollen. Am Tag danach jedoch beschließt das Parlament die Absetzung des amtierenden Präsidenten Janukowitsch. Die ehemalige Moskau-Korrespondentin und Journalistin der ARD Gabriele Krone-Schmalz bezweifelt allerdings die demokratische Legitimität rund um die Absetzung des Präsidenten. Laut dem Protokoll hätten 328 von 450 Abgeordneten dafür gestimmt. Für eine legitime Absetzung wären nach der ukrainischen Verfassung jedoch 338 Stimmen nötig gewesen.

„In diesem Durcheinander formiert sich anschließend eine Regierung, die sich von einem Parlament bestätigen lässt, dessen Abgeordnete keinen freien Zugang zu ihrer Arbeitsstätte haben, in deren Reihen vor allem gewählte Vertreter der Partei der Regionen aus dem ukrainischen Süden und Osten fehlen und in dem sich die verbliebenen Mitglieder dieser Partei angesichts der aufgebrachten Massen vor der Tür verunsichert und verängstigt der Opposition anschließen“ (Krone-Schmalz 2015: 23).

Am 23 Februar 2014 beschließt das Parlament, das Sprachgesetz von 2012 zurückzunehmen. In dem Gesetz war damals geregelt worden, dass in Regionen, in denen mindestens 10% der Bevölkerung eine andere Sprache als Ukrainisch sprechen, diese Sprache auch im offiziellen

Rahmen verwendet werden kann (vgl. Länder-Analysen 2015: 23f). Daraufhin kommt es gegen Ende des Monats vermehrt zu Konflikten auf der Halbinsel Krim zwischen Anhängern und Gegnern der neuen Regierung in Kiew, da auf der Krim knapp 60 Prozent der Bewohner der russischen Ethnie angehören (vgl. Neshitov 2014). Bewaffnete okkupieren das Regierungsgebäude in Simferopol, der Hauptstadt der Krim, um nach eigenen Angaben die russische Bevölkerung auf der Krim zu beschützen. Am 1. März 2014 veranlasst Putin nach der Ermächtigung durch das Parlament einen Militäreinsatz auf der Halbinsel. In der Nacht zuvor hatten sich auf dem Flughafen in Simferopol bereits russischsprechende Soldaten ohne Abzeichen versammelt und mit Militärfahrzeugen strategisch wichtige Zufahrtsstraßen versperrt (vgl. Ukraine-Analysen 2015: 28). Russische Kriegsschiffe werden vom Mittelmeer abgezogen und verstärken die Flotte im Schwarzen Meer. Damit bricht Russland mit dem Stationierungsvertrag über die Schwarzmeerflotte, der ein Höchstmaß an Soldaten und militärischen Mitteln sowie beschränkte Bewegungsfreiheit vorsieht (vgl. LPB 2016).

Auch Putin begründet den Einsatz damit, ethnische Russen schützen zu müssen. Es werden zwar keine Truppen versendet, dennoch treffen uniformierte Kämpfer ohne Abzeichen auf der Krim ein. Zu Beginn des Konflikts bestreitet Moskau dabei, dass es sich hier um russische Soldaten handelt. Monate später gibt Präsident Wladimir Putin allerdings zu, dass russische Soldaten bereits im frühen Stadium des Konflikts auf der Krim eingesetzt wurden: „Russia created conditions—with the help of special armed groups and the Armed Forces (...) for the expression of the will of the people living in Crimea and Sevastopol“ (Putin 2014).

Die Halbinsel Krim



Quelle: Tagesschau.de

In den darauffolgenden Wochen laufen die Vorbereitungen für das Referendum für einen Beitritt zu Russland, das schließlich am 16. März abgehalten wird. In dem umstrittenen und nach ukrainischer Verfassung rechtswidrigen Referendum sprechen sich nach offiziellen Angaben über 95% der Wähler für einen Anschluss an Russland aus bei einer Wahlbeteiligung von 83% (vgl. Sigurdsson 2015: 1). Nach kritischen Analysen soll die tatsächliche Wahlbeteiligung allerdings nur bei 30–50% gelegen haben bei einer Zustimmungsquote von 50-60% (vgl. von Beyme 2016: 94). International sorgt das Referendum für viel Kritik an Russland. Insbesondere die westliche Staatengemeinschaft prangert es als Bruch internationalen Rechts an und reagiert mit wirtschaftlichen Sanktionen und Einreiseverboten gegen Russland. Fünf Tage später stimmt das Oberhaus des russischen Parlaments dem Gesetz zum Anschluss der Krim an Russland zu (vgl. Länder-Analysen 2015: 43). Durch die Annexion der Krim bricht Russland mit mehreren Abkommen, in denen es die territoriale Integrität der Ukraine garantiert hatte. Die USA, Russland und Großbritannien hatten in einem Abkommen 1994 der Ukraine versichert, für ihre Sicherheit zu sorgen- im Gegenzug musste das Land auf Atomwaffen verzichten (vgl. von Beyme 2016: 94).

Im April beginnen prorussische Separatisten damit, Verwaltungsgebäude in ostukrainischen Städten zu stürmen und zu besetzen und in Donezk wird eine „unabhängige Volksrepublik“ ausgerufen. Sie fordern mehr Eigenständigkeit der ostukrainischen Gebiete bis hin zu einem Anschluss an Russland. Betroffen sind vor allem die Städte Lugansk, Odessa, Charkow, Slawjansk und Donbass (vgl. LBP 2016). Als Reaktion auf die Rebellenaktionen lässt die ukrainische Übergangsregierung Soldatentrupps und Freiwilligenverbände gegen die Separatisten in der Ostukraine aufmarschieren. Bei den sogenannten „Anti-Terror-Aktionen“ des ukrainischen Militärs kommt es zu zahlreichen Toten und Verletzten im Osten der Ukraine (vgl. Tagesschau.de 2015). Ende Mai wird der prowestliche Politiker und Oligarch Petro Poroschenko mit einer Mehrheit von 55 Prozent zum neuen Präsidenten der Ukraine gewählt. Als eines seiner Ziele nennt er den Beitritt der Ukraine zur EU und unterzeichnet am 27. Juni 2014 das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU, das der damalige Präsident Viktor Janukowitsch abgelehnt hatte. Daraufhin kündigt die russische Regierung „ernste Konsequenzen“ für die Ukraine an und setzt das Freihandelsabkommen zwischen den beiden Ländern aus (vgl. Allison 2014: 1272). Am 17. Juli kommt es zu einem neuen Tiefpunkt des Konflikts durch den Absturz eines Passagierflugzeugs der Malaysian Airlines im Osten der Ukraine. Alle 298 Menschen am Bord kommen dabei ums Leben. Regierung und Separatisten beschuldigen sich gegenseitig, das Flugzeug abgeschossen zu haben: „Western nations blame a Russian-supplied missile, believed to have been fired by rebels. Russia denies it had armed the rebels and argues instead that a Ukrainian fighter jet had flown near the airliner at the time“ (BBC 2015). Da Beobachter der OSZE eine Untersuchung der Absturzstelle nicht ungehindert durchführen konnten, sind die genauen Tatvorgänge bis heute unklar (vgl. von Beyme 2015: 101).

Anfang September beschließen Vertreter der Regierung und der Separatisten im weißrussischen Minsk eine Waffenruhe, an die sich jedoch von Beginn an nicht konsequent gehalten wird. Schon wenige Tage später flammen Kämpfe um den Flughafen von Donezk auf. Am 12. Februar 2015 wird ein neuer Versuch der Deeskalation gestartet und die Regierungschefs Putin, Poroschenko, Merkel und Hollande einigen sich erneut in Minsk auf eine Waffenruhe für den Osten der Ukraine. Die Einigung sichert einen Sonderstatus für die von den Separatisten besetzten Gebiete vor und legt Bestimmungen für Grenzkontrollen und

humanitäre Maßnahmen fest. Daneben soll der Ukraine die Souveränität und territoriale Integrität zugesichert werden. Darüber hinaus sollen das erste Minsker Abkommen eingehalten und schwere Waffen abgezogen werden (vgl. Minsk Agreement 2015). Bis heute (Juli 2016) flammen immer wieder Kämpfe im Osten der Ukraine auf und eine endgültige Lösung des Konflikts ist noch nicht absehbar.

4.2 Empirische Überprüfung der Erwartungen

In diesem Unterkapitel werden nun die aus dem Konstruktivismus und dem Neorealismus herausgearbeiteten Hypothesen auf ihre Aussagekraft bezüglich des russischen Verhaltens während der Ukrainekrise überprüft. Begonnen wird mit dem Neorealismus.

4.2.1 Neorealismus

- 1. Staaten sind die wesentlichen Akteure und handeln nach außen einheitlich.*

In dem untersuchten Zeitraum der Ukrainekrise zwischen November 2013 und Februar 2015 kam es im Wesentlichen zu drei bedeutenden Krisentreffen: der Vermittlungsversuch zwischen den Konfliktparteien am 20./21. Februar 2014, das erste Treffen in Minsk am 5. September 2014 sowie das zweite Minsker Treffen am 12. Februar 2015. Das erste Krisentreffen am 20./21. Februar 2014 wurde abgehalten, um zwischen dem damaligen Präsidenten Janukowitsch und den Oppositionsparteien zu einer Kompromisslösung zu kommen und um die Ausschreitungen rund um den Maidan zu beenden. Neben den beiden Konfliktparteien nahmen an dem Treffen außerdem die Außenminister Deutschlands (Steinmeier), Frankreichs (Fabius) und Polens (Sikorski) teil. Am ersten Minsker Abkommen am 5. September wurden Pläne zur Umsetzung einer Waffenruhe im Osten der Ukraine erstellt sowie ein Friedensplan erarbeitet. An dem Treffen waren neben dem ukrainischen und dem russischen Präsidenten sowie zwei prorussischen Separatistenführern die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) maßgeblich beteiligt (vgl.

BPB 2014). Nach dem die Vorgaben des Abkommens nicht erfolgreich umgesetzt worden waren, fand am 12. Februar 2015 ein zweites Treffen im weißrussischen Minsk zur Beendigung der Kämpfe statt. An den Verhandlungen nahmen diesmal die Unterzeichner des ersten Minsker Abkommens sowie der Präsident Frankreichs Francois Hollande und die Bundeskanzlerin Deutschlands Angela Merkel teil (vgl. Spiegel.de 2015).

Was die Teilnahme von Akteuren an den Krisentreffen betrifft, so fällt auf, dass Regierungsvertreter eine entscheidende Rolle bei den Krisentreffen eingenommen haben. Die nationalstaatlichen Vertreter waren an allen drei bedeutenden Krisentreffen beteiligt. Daneben haben allerdings auch multilaterale Akteure, Rebellenführer und innerstaatliche Akteure eine Rolle gespielt. So waren neben den Außenministern und Staatsoberhäuptern auch die multilaterale Organisation OSZE, die Separatistenführer aus den ostukrainischen Gebieten und zu Beginn der Krise Oppositionsbewegungen in den Konfliktlösungsprozessen involviert. Insofern trifft die aus den beiden Theorien abgeleitete Hypothese, dass ausschließlich Regierungsvertreter von Nationalstaaten in internationalen Aushandlungsprozessen eine entscheidende Rolle spielen, nur eingeschränkt zu.

2. Staaten sind „Nutzenmaximierer“ und führen nur Aktionen durch, die ihren eigenen Nutzen ohne Rücksicht auf den Nutzen anderer Länder erhöhen.

Nach dieser Hypothese wäre zu erwarten, dass die Krim einen Zugewinn an Ressourcen für Russland bringt und strategisch von Bedeutung ist. Mit der Annexion hat Russland nicht nur die Landfläche der Krim gewonnen, sondern auch die Hoheitsgewässer rund um die Halbinsel, die flächenmäßig dreimal so groß wie die Krim selbst sind (vgl. Broad 2014). Bei einem Blick auf die Gas- und Ölvorkommen auf der Krim wird deutlich, dass tatsächlich großes ressourcenstrategisches Potenzial vor der Küste liegt. Vor allem Offshore-Projekte wie Skifska oder Foroska im Schwarzen Meer vor der Küste nehmen hierbei Schlüsselrollen ein. Das ukrainische Ministerium für Umwelt und Rohstoffe schätzt beispielsweise die Gasvorräte auf insgesamt bis zu acht Billionen Kubikmeter (vgl. Deutschlandfunk 2014). Damit könnte man „the energy equivalent of up to 7 million tons of oil annually“ erreichen. „(...) it totals about 20 percent of Ukraine’s current annual gas imports, which come mainly from Russia and have been a longstanding source of friction between the two countries“

²(Matlack 2014). Die Annexion hat für Russland also noch den machtpolitischen Nebeneffekt, dass sie die Selbstversorgung der Ukraine mit Energie erschwert und somit die Energieabhängigkeit der Ukraine von Russland noch weiter vergrößert, wie die Eurasienexpertin des Massachusetts Institute of Technology (MIT) Carol Saivetz warnt: „It deprives Ukraine of the possibility of developing these resources and gives them to Russia. It makes Ukraine more vulnerable to Russian pressure”.

Neben den Öl-und Gasvorkommen auf der Krim kommt der Halbinsel durch ihre geographische Lage und ihre Bedeutung für die maritime Strategie Russlands eine gewichtige Rolle zu. Etwa 70% der russischen Schwarzmeerflotte sind auf der Halbinsel stationiert, die Hauptstadt Sewastopol ist dabei ihr wichtigster Stützpunkt. Militärisch bedeutende Anlagen wie Flughäfen, Übungsplätze und Logistikzentren befinden sich auf der Krim. Darüber hinaus sichert die Schwarzmeerflotte Russland den Zugang zum Mittelmeer und erleichtert politische Einflussnahme im Nahen Osten und in Nordafrika (vgl. Richter 2014: 5). Zwar bestand ein Vertrag, der die Stationierung der Schwarzmeerflotte auf der Krim bis 2042 regelte, jedoch „hätte ein Westkurs der neuen ukrainischen Regierung diese strategische Position wie schon 2008 erneut gefährden können“ (Richter 2014: 5). Zudem gibt es keinen Ersatzhafen, der die gesamte russische Schwarzmeerflotte aufnehmen und die entsprechende Logistik bereitstellen könnte. Es werde zwar an einem alternativen Standort nördlich gebaut, dieser besitze allerdings nur die Kapazität, einen Teil der Flotte aufzunehmen (vgl. Mommsen 2014).

Alles in allem ist also davon auszugehen, dass die Annexion der Krim aufgrund ihrer Ressourcen und der geographischen Lage tatsächlich aus ressourcenstrategischen Gesichtspunkten nützlich für Russland war. Dass nutzentechnische Überlegungen in Russlands Außenpolitik während der Ukrainekrise eine wesentliche Rolle gespielt haben, kann man auch beim russischen Vorgehen im Osten der Ukraine sehen. Zwar unterstützten sie die Separatisten, wollten aber keine weiteren Gebiete annectieren. Als einer der Gründe wird hierfür genannt, dass die Regionen im Osten „wirtschaftlich keinen großen Nutzen versprechen“ (von Beyme 2016: 99).

² Das Zitat stammt aus einem Artikel vom 11. März 2014, also noch vor der Annexion der Krim durch Russland.

3. Staaten agieren aggressiv und bestimmt, wenn sie im internationalen System ihre Sicherheitsstellung gefährdet sehen

Russland hat durch das militärische Vorgehen außerhalb seines Pachtgebietes auf der Krim völkerrechtswidrig gehandelt und eine militärische Gegenreaktion provoziert. Der Neorealismus erklärt solch militärische Aggressionen damit, dass sich Länder in ihrer Sicherheitslage gefährdet fühlen. Hat sich Russland also vom Westen bedroht gefühlt? Um die Frage zu beantworten, muss man einen Blick auf russische Sicherheitsbedenken einige Jahre vor Beginn der Krise werfen. Auf der 43. Münchner Sicherheitskonferenz 2007 bezeichnete der russische Präsident Wladimir Putin die Osterweiterung der NATO als provozierenden Faktor, der das Niveau des gegenseitigen Vertrauens senke und kritisierte, „dass die NATO ihre Stoßkräfte immer dichter an unsere Staatsgrenzen heranbringt“ (Putin 2007). Ein Jahr später, auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008, warnte er die NATO vor einer Aufnahme der Ukraine in das Bündnis: "Das Entstehen eines mächtigen Militärblocks an unseren Grenzen würde in Russland als direkte Bedrohung der Sicherheit unseres Landes betrachtet werden" (Putin 2008). Auf dem Gipfel sollte der Beitritt der Ukraine zur NATO besiegelt werden. Allerdings stemmten sich die Regierungschefs von Frankreich und Deutschland gegen dieses Anliegen und so wurde eine Mitgliedsaufnahme vertagt. Angaben einer russischen Zeitung zufolge soll Putin gegenüber Bush auf einem Treffen im Jahr 2008 sogar gedroht haben, dass die Ukraine aufhören würde zu bestehen, falls sie ein Mitglied der NATO werde (vgl. Mearsheimer 2014: 2). Die Regierung im Kreml hat also in den vergangenen Jahren klar gemacht, dass sie einer Eingliederung ihres strategisch wichtigen Nachbarn in den Westen nicht untätig zusehen würde (vgl. Mearsheimer 2014: 1).

Das Fass zum Überlaufen brachte dann das Vorhaben der ukrainischen Regierung, das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union im November 2013 unterzeichnen zu wollen. Neben der Errichtung eines Freihandelsraums und engerer wirtschaftlicher Kooperation war in Artikel 4 unter anderem eine Abstimmung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorgesehen: „This will promote gradual convergence on foreign and security matters with the aim of Ukraine's ever-deeper involvement in the European security area“ (Association Agreement 2014: 7). Eine Integration der Ukraine in die europäische Sicherheitsstruktur wäre für Russland eine Bedrohung gewesen, die sie nicht hinnehmen

wollten. Auf Druck der russischen Regierung hat der damalige Präsident der Ukraine das Abkommen nicht unterzeichnet. Nachdem der prorussische Janukowitsch im Februar jedoch abgesetzt wurde, die neue Regierung einen prowestlichen Kurs einschlug und das Assoziierungsabkommen unterzeichnen wollte, verschärfte sich das Sicherheitsproblem für Russland.

Für den Vertreter des Neorealismus John Mearsheimer ist das Vorgehen Russlands als Reaktion auf die Geschehnisse in der Ukraine, also die Krim zu annektieren und den Osten der Ukraine zu destabilisieren, logisch konsequent.

„Das ist Geopolitik für Anfänger: Auf eine mögliche Bedrohung vor ihrer Haustür reagiert jede Großmacht empfindlich. Die Vereinigten Staaten würden es ja auch nicht hinnehmen, wenn ferne Großmächte ihre Streitkräfte in der westlichen Hemisphäre stationierten, geschweige denn an ihrer Grenze. Man stelle sich die Empörung in Washington vor, wenn China ein mächtiges Militärbündnis schmiedete und versuchte, Kanada und Mexiko dafür zu gewinnen“ (Mearsheimer 2014: 4).

Der Kreml befürchtete mit Blick auf die NATO und die USA, dass das strategische Gleichgewicht unterminiert werde (vgl. Klein 2015: 2). Dies spiegelt sich auch in der neuen russischen Militärdoktrin wider, die am Jahresende des Krisenjahres 2014 erschienen ist. Darin wird die NATO explizit als militärische Gefahr für Russland bezeichnet. Als Bedrohung aufgefasst werden dabei der „Ausbau des Kräftepotenzials“ des transatlantischen Bündnisses, das „Heranrücken militärischer Infrastruktur“ an die Grenzen Russlands sowie die „Dislozierung militärischer Kontingente ausländischer Staaten“ in den russischen Nachbarstaaten (vgl. Klein 2015: 1).

Infolgedessen erscheint das neorealistische Argument, dass Russlands militärisches Vorgehen in der Ukrainekrise auf eine veränderte russische Bedrohungswahrnehmung aufgrund der ukrainischen Annäherung an den Westen zurückführt, durchaus plausibel. Zumindest stimmt es mit den Aussagen und Aktionen hoher russischer Regierungsvertreter überein.

4. *Wenn eine Tendenz zum Machtungleichgewicht im internationalen System vorliegt, dann versuchen andere mächtige Staaten durch eigene Aufrüstung oder durch Bündnisschließungen ein Mächtegleichgewicht wiederherzustellen.*

Wie bereits in der vorherigen Hypothese herausgearbeitet, hat Russland durch die Annäherung der Ukraine an den Westen das strategische Mächtegleichgewicht in Gefahr gesehen. Hat dies neben der Annexion der Krim und der Destabilisierung der Ostukraine noch weitere Reaktionen hervorgerufen, die man als Akte des „Balancing“ bezeichnen könnte? Erwähnenswert ist in diesem Kontext vor allem die Vertiefung der strategischen Partnerschaft mit China. Nach den Vorkommnissen während der Ukraine Krise und den dadurch verhärteten Fronten zwischen Russland und dem Westen beschlossen China und Russland im November 2014 eine Vereinbarung über umfangreiche zusätzliche Gaslieferungen. Bereits im Mai desselben Jahres hatten sie ein Abkommen unterzeichnet, dass eine 30-jährige Gaslieferung über 38 Milliarden Kubikmeter mit einem Umfang von 400 Milliarden Dollar über die Ostroute garantiert. Experten halten den Deal für betriebswirtschaftlich unprofitabel, aber strategisch bedeutsam (vgl. FAZ 2014). Daneben kam es im Mai 2014 zu einer militärischen Kooperation der beiden Staaten, bei dem Marineschiffe ein gemeinsames Militärmanöver abhielten (vgl. Strittmatter 2014). Neben solch externen Balancingaktionen konnte man durchaus auch internes Balancen Russlands während der Ukraine Krise feststellen. So hat die NATO im November 2014 deutliche Verstärkungen der russischen Truppen im russischen Grenzgebiet festgestellt. Dabei handele es sich um Truppen, Material, Artillerie und moderne Luftabwehrsysteme (vgl. Handelsblatt 2014).

Insofern kann man durchaus Tendenzen zu Balancingaktionen in Folge der Ukraine Krise beobachten. Allerdings stellen weder die strategische Partnerschaft mit China noch das vermehrte eigene Aufrüsten eine konkrete Bedrohung für den Westen dar, weshalb die Aktionen als „sanfte“ Formen von Balancing verstanden werden können, im Neorealismus als „Softbalancing“ bekannt.

4.2.2 Konstruktivismus

1. *Wenn Staaten gemeinsame Werte miteinander teilen, dann sind ihre politischen Beziehungen freundlich gestimmt*

Der Konstruktivismus führt Veränderungen in den außenpolitischen Beziehungen zwischen Staaten nicht auf veränderte internationale Machtstrukturen zurück, sondern auf veränderte soziale Beziehungen und Wahrnehmungen. Im Zuge der Ukraine Krise löste der Regierungssturz im Februar 2014 eine Änderung in der russischen Wahrnehmung von der Ukraine aus. Dies wird deutlich, wenn man sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern vor dem Regierungswechsel anschaut, insbesondere seit dem Amtsantritt des Präsidenten Viktor Janukowitsch im Jahre 2010. Nach der Ansicht des Ukraineexperten Taras Kuzio war Janukowitsch der ukrainische Präsident, bei dem prorussische und neosowjetische Tendenzen am stärksten verbreitet waren (vgl. Kuzio 2010: 4). Bereits kurz nach seinem Amtsantritt signalisierte Janukowitsch, dass er sich ein verbessertes Verhältnis zu Russland wünschen würde und stoppte alle Bestrebungen der Ukraine nach einer Mitgliedschaft in der NATO (vgl. Allison 2014: 1257). Er betrachte es als seine Aufgabe, dass die Beziehungen einen „Schwenk in die richtige Richtung“ nähmen (Janukowitsch 2010). Im April legten die Regierungschefs der beiden Länder dann den Grundstein für verbesserte Beziehungen, nachdem das Verhältnis seit der Orangen Revolution mit der prowestlichen Regierung unter Juschtschenko lange Jahre zerrüttet gewesen war. Janukowitsch unterzeichnete mit dem damaligen russischen Präsidenten Medwedew ein Abkommen, indem die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte auf der Krim um 25 Jahre bis 2042 verlängert wurde. Im Gegenzug senkte Russland den Gaspreis für die Ukraine von 330 US-Dollar für 1000 Kubikmeter auf etwa 230 US-Dollar (vgl. Fokus 2010). Sowohl der russische Präsident Medwedew als auch der damalige Premierminister Putin zeigten sich erfreut darüber, dass sich seit dem Regimewechsel „die Qualität unserer Beziehung radikal verändert hat“ (Putin 2010). Die Ukraine wurde also wieder als „Freund“ wahrgenommen. Aufgrund gemeinsam geteilter Werte, Normen und Überzeugungen fühlte man sich der gleichen internationalen „Gemeinschaft“ angehörig. Als sich 2013 die wirtschaftliche Lage in der Ukraine zunehmend verschlechterte und sich die Ukraine für das von Russland gelieferte Gas im Zahlungsrückstand befand, half die russische Regierung der Ukraine und verzichtete auf

vertraglich vereinbarte Vorauszahlungen auf seine Gaslieferungen. Im Herbst 2013 drohte der Ukraine ein Staatsbankrott und musste deshalb nach ausländischen Kreditgebern suchen. Während IWF und EU nicht gewillt waren, Kredite an das wirtschaftlich schwächelnde Land zu vergeben, war Moskau dazu bereit (vgl. Götz 2015: 4).

Insofern lassen sich durchaus Belege für das konstruktivistische Argument finden, wonach die außenpolitischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten freundlich gestimmt waren, solange Russland die Ukraine aufgrund gemeinsam geteilter Ansichten als Freund wahrgenommen hat. Insbesondere drückt sich dies in den wirtschaftlichen Handelsbeziehungen aus, in denen Russland der Ukraine bisweilen großzügige Preisnachlässe und Kredite gewährt hatte.

2. Wenn Staaten keine gemeinsamen Werte miteinander teilen, handeln Staaten außenpolitisch nach der Logik der Anarchie.

Im Verlauf der Krise hat sich das russische Verhältnis zur Ukraine massiv verändert. Während Russland die Ukraine noch Ende 2013 massiv mit dem Ankauf von Staatsanleihen in Höhe von 15 Milliarden Dollar unterstützte, annektierten sie wenige Monate später ukrainisches Souveränitätsgebiet und trugen zur Destabilisierung der Ostukraine bei. Des Weiteren strichen sie die Sonderrabatte auf den Gaspreis, verhängten Gasexportzölle und machten weitere wirtschaftliche Vergünstigungen rückgängig (vgl. Götz 2015: 4). Der Konstruktivismus führt diese Wende in der Außenpolitik auf eine veränderte Wahrnehmung der ukrainischen Regierung und fehlenden gemeinsamen Werten mit dieser zurück. Aber inwiefern trifft diese Vermutung in der Empirie zu? In Kiew kamen mit der ukrainischen Vaterlandspartei Batkivschina, der Svoboda-Partei und den Vertretern der Majdan-Revolutionäre politische Akteure an die Macht, mit denen Russland in einer schlechten oder in gar keiner Beziehung stand (vgl. Fischer 2014: 2).

Die neue ukrainische Regierung war prowestlich und „anti-russisch bis ins Mark; vier rang hohe Mitglieder können durchaus legitim als Neofaschisten bezeichnet werden“ (Mearsheimer 2014: 3). Russland betrachtete die Absetzung des amtierenden Präsidenten

Janukowitsch als Putsch und hielt die neue Regierung für illegitim³ (vgl. Allison 2014: 1261). Dieses Unbehagen brachte Putin in einer Rede vor dem Kreml im März 2014 zum Ausdruck:

„However, those who stood behind the latest events in Ukraine had a different agenda: they were preparing yet another government takeover; they wanted to seize power and would stop short of nothing. They resorted to terror, murder and riots. Nationalists, neo-Nazis, Russophobes and anti-Semites executed this coup. They continue to set the tone in Ukraine to this day“ (Putin 2014).

In der Rede wird deutlich, dass die russische Regierung der neuen Führung in der Ukraine Auffassungen und Wertvorstellungen zuschreibt, die im Gegensatz zu den Eigenen stehen. Man teilte also kaum noch gemeinsame Werte, Normen und Überzeugungen und sah die Ukraine nicht mehr als Mitglied der gleichen internationalen Gemeinschaft an. Auch der russische Außenminister Sergei Lavrov sieht in der ukrainischen Übergangsregierung die Kräfte rechter Radikaler am Werk, die Methoden des Terrors und der Einschüchterung zur Umsetzung ihrer Ziele einsetzen:

„The so-called interim government is not independent; to our huge regret, it is dependent on the radical nationalists who seized power in an armed attack. (...) Effectively, there is no state control whatsoever over public order, and the music is ordered by the so-called Right Sector which operates with the methods of terror and intimidation“ (Lavrov 2014).

Die neue Regierung wurde also als feindliche Bedrohung wahrgenommen. Während die russische Führung bei Janukowitsch noch über die verbesserten Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine erfreut war, betrachtete sie die ab Februar 2014 gebildete Übergangsregierung als illegitim, die von nationalistischen, antisemitischen und antirussischen Gruppierungen beeinflusst werde. Insofern passen die Aussagen der Regierungsvertreter in das konstruktivistische Erklärungsmuster, wonach sich die außenpolitischen Beziehungen zwischen Staaten ändern, wenn sich die Staaten aufgrund eines fehlenden gemeinsamen Wertekonsenses nicht mehr als Freunde, sondern als Bedrohung wahrnehmen.

³ Am 27. September 2014 trat der russische Außenminister Sergei Lavrov auf der 69. Sitzung der UN-Generalversammlung in diesem Zusammenhang für eine „Nichtanerkennung von Staatsstreich als Methode zum Machtwechsel“ ein.

3. Staaten unterstützen Regionen, mit denen sie kulturell und ideell eng verbunden sind

Die russische Regierung hat die Krim besetzt und in die russische Föderation eingegliedert. Erfolgte die Annexion, wie eines der konstruktivistischen Argumente lautet, weil sie die auf der Krim lebende russische Ethnie beschützen wollten und sie die Krim aufgrund der historisch-kulturellen Bedeutung als Teil von Russland betrachtet haben? Ungefähr 60% der Bewohner auf der Krim sind ethnische Russen (vgl. Eurasianstudies 2016). Darüber hinaus geben über 90% der Einwohner an, die russische Sprache frei zu beherrschen (vgl. Ukraine-Analysen 2013: 15). Wenig verwunderlich, dass die Mehrheit der Krim-Bevölkerung den Regierungswechsel und die damit einhergehenden antirussischen Tendenzen während den Unruhen kritisch sahen. Als die Übergangsregierung im Februar 2014 dann das Sprachengesetz von 2012 zurücknahm, fühlten sich die Bewohner auf der Krim nicht mehr durch die Regierung in Kiew vertreten. Das Gesetz hatte geregelt, dass auch andere Sprachen als die Ukrainische im offiziellen Kontext in Regionen verwendet werden dürfen, in denen mindestens 10% der Bevölkerung eine andere Sprache als Ukrainisch sprechen (vgl. Ukraine-Analysen 2015: 23). Putin stellt die darauffolgenden Geschehnisse in der Ukraine folgendermaßen dar:

„Those who opposed the coup were immediately threatened with repression. Naturally, the first in line here was Crimea, the Russian-speaking Crimea. In view of this, the residents of Crimea and Sevastopol turned to Russia for help in defending their rights and lives, in preventing the events that were unfolding and are still underway in Kiev, Donetsk, Kharkov and other Ukrainian cities. Naturally, we could not leave this plea unheeded; we could not abandon Crimea and its residents in distress. This would have been betrayal on our part“ (Putin 2014).

In der Regierungserklärung vor dem Kreml stellt Putin das Eingreifen also als reines zu Hilfe kommen dar, als Schutzakt für eine unterdrückte Krim-Bevölkerung. Allerdings wurde das Sprachengesetz kurz nachdem es aufgehoben wurde, wieder eingeführt und die ethnisch Russen hätten nicht ernsthaft befürchten müssen, von der neuen Regierung in Kiew bedroht zu werden (vgl. Allison 2014: 1621).

Historisch hat die Krim für die russische Identität laut eigenen Angaben eine enorme Bedeutung. Sie gilt als außergewöhnlicher Ort und hat seit der Eroberung 1783 starke Symbolkraft entwickelt (vgl. von Beyme 2016: 97). Während Zeitgenossen die Krim nach der ersten Annexion im 18. Jahrhundert zunächst wenig schätzten und lediglich ihre geopolitische Bedeutung betonten, wurde sie zu Zeiten der Sowjetunion aufgrund des mediterranen Klimas zu einem beliebten Urlaubsziel für Millionen Werktätige. Auch dies gilt als einer der Gründe dafür, warum sich heute noch so viele Russen mit der Krim emotional verbunden fühlen (vgl. Jobst 2015: 7). Des Weiteren verweilten zahlreiche bedeutende russische Schriftsteller, Künstler und Gelehrte auf der Krim und setzten ihr mit ihren Werken ein kunsthistorisches Denkmal, weswegen „die Krim im russischen kollektiven Bewusstsein als ein integraler Ort russischer Kultur gilt“ (Jobst 2015: 7). Die kulturell-historische Bedeutung der Krim für Russland wird auch deutlich, wenn man einen Blick auf Putins Regierungserklärung zur Annexion der Krim von 2014 wirft:

„Everything in Crimea speaks of our shared history and pride. This is the location of ancient Khersones, where Prince Vladimir was baptised. His spiritual feat of adopting Orthodoxy predetermined the overall basis of the culture, civilisation and human values that unite the peoples of Russia, Ukraine and Belarus. (...) Crimea is Balaklava and Kerch, Malakhov Kurgan and Sapun Ridge. Each one of these places is dear to our hearts, symbolising Russian military glory and outstanding valour“ (Putin 2014).

Des Weiteren bezeichnet Putin die Krim als unabdingbaren Bestandteil von Russland, der schon immer in den Herzen und Köpfen der russischen Bevölkerung verankert gewesen sei (vgl. Putin 2014). Putin betont also die Bedeutung der Krim als Geburtsstätte der russischen Zivilisation und Kultur und versucht damit, das Vorgehen Russlands zu legitimieren.

Alles in allem lassen sich also in der Empirie durchaus Belege für das konstruktivistische Argument finden, wonach die Annexion der Krim aufgrund der kulturell-historischen Bedeutung und zum Schutz der dort lebenden russischen Bevölkerung erfolgte, basierend auf den Empfindungen der russischen Bevölkerung und den Aussagen des Präsidenten Wladimir Putin. Darüber hinaus erscheint das Argument, wonach die Krim, ein Flächengebiet von gerade einmal 27.000 Quadratkilometern mit einer Bevölkerung von knapp über zwei Millionen, ausschließlich aus machtpolitischen Gründen annektiert wurde, wenig

überzeugend. Vielmehr ist die Krim ein bis heute spezieller Ort, der eine bedeutende Rolle im kollektiven Bewusstsein der russischen Bevölkerung eingenommen hat.

5. Fazit und Ausblick

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass beide Theorien Teilaspekte des russischen Verhaltens während der Krise gut erklären können. Der Neorealismus führt das russische Verhalten in der Ukraine Krise auf machtpolitische Prozesse zurück: Da sich Russland zunehmend durch die NATO-Osterweiterung bedroht gefühlt hat, wollten sie nun verhindern, dass sich auch noch der strategisch wichtige Nachbar Ukraine dem Westen anschließt. Deshalb annektierten sie die Krim und trugen zur Destabilisierung der Ostukraine bei. Darüber hinaus betont der Neorealismus die nutztheoretischen Aspekte der Annexion. Aufgrund der Ressourcen an den Küsten der Krim und ihrer strategische Bedeutung für die maritime Sicherheit sei es rational vorteilhaft gewesen, die Krim in die Russische Föderation einzugliedern. Allerdings greift der Erklärungsansatz des Neorealismus zu kurz, um das russische Vorgehen vollumfassend zu erklären. Der Zugewinn der Krim, die militärischen Aufrüstungsaktionen sowie die neuen strategischen Kooperationen Russlands mit anderen Staaten sind nicht ausreichend, um ernsthaft als Balancingprozesse gegen den Westen gewertet werden zu können. Daneben vernachlässigt der Neorealismus die kulturell-symbolische Bedeutung der Krim für Russland sowie den Einfluss von veränderten Wahrnehmungen und fehlenden gemeinsam geteilten Werten auf die außenpolitischen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine. Hier setzt der Konstruktivismus an. Er führt das aggressive außenpolitische Verhalten Russlands gegenüber der Ukraine auf eine Änderung in der Wahrnehmung zurück. Durch die Beteiligung rechter, antirussischer Nationalisten an der Übergangsregierung habe man die Ukraine nicht mehr als Freund, sondern als Feind wahrgenommen. Daneben hebt er die Bedeutung der Krim als außergewöhnlichen Ort für Russland hervor. Aufgrund der historischen Verbundenheit mit der Krim und den zahlreichen auf der Krim lebenden Russen hätte man nicht zulassen können, dass die Halbinsel in die Hände ukrainischer Nationalisten falle und die ethnischen

Russen bedroht werden. Allerdings scheint dieses Schutzargument nur bedingt überzeugend angesichts der Tatsache, dass die russischen Bewohner auf der Krim keine ernsthaften Repressionen zu erwarten hatten. Darüber hinaus vernachlässigt der Konstruktivismus machtheoretische Aspekte, die bei der Analyse des Konflikts nicht ausgeblendet werden können. Insofern bietet erst die Kombination aus den beiden Theorien ein umfangreiches Verständnis des russischen Vorgehens in der Krise. Insgesamt kann der Konstruktivismus das Verhalten Russlands jedoch etwas überzeugender erklären.

Ziel dieser Arbeit war es, die Motive für das russische Vorgehen in der Ukraine Krise und insbesondere rund um die Krimannexion aufzudecken und zu verstehen. Dazu wurden zwei Großtheorien aus den Internationalen Beziehungen auf den Einzelfall angewandt und ihre theoretischen Vorhersagen auf ihre Erklärungskraft überprüft. Durch das „Aufziehen der Theoriebrille“ sollte daneben ein wissenschaftlich objektiver Blick auf das Geschehen ermöglicht und somit ein Beitrag geleistet werden, um Russland besser verstehen zu können. Was für Implikationen haben also das bessere Verständnis für die Motive Russlands für die Beziehungen Russlands mit der westlichen Staatengemeinschaft, insbesondere der EU und der NATO? Die NATO muss begreifen, dass ihre Aktivitäten im Zuge der Osterweiterung von Russland als massive Bedrohung der eigenen Sicherheitslage eingestuft werden. Versucht sie die Ukraine langfristig in das transatlantische Militärbündnis aufzunehmen, so wird Russland weitere Schritte unternehmen, um der gefühlten Einkesselung durch NATO-Staaten etwas entgegenzusetzen. Gleichzeitig muss Russland den Willen und die Autonomie ehemaliger Sowjetstaaten stärker respektieren und darf diese Staaten nicht als erweiterte Einflussphäre Russlands erachten. Auch wenn die NATO bezüglich der Osterweiterung die Interessen Russlands konsequenter berücksichtigen sollte, kann Russland anderen Staaten nicht vorschreiben, welchem Bündnis sie sich anschließen dürfen und welchem nicht. Es liegt immer noch in den Händen der einzelnen Nationalstaaten, ob sie ein Beitritts gesuch zur NATO stellen wollen oder nicht. Daneben sollte die EU ein besseres Gespür für die Bedeutung der Ukraine für Russland entwickeln und die Interessen Russlands in der Region stärker berücksichtigen. Die EU hat mit der Ukraine über ein Assoziierungsabkommen verhandelt, ohne gleichzeitig Russland in die Gespräche mit einzubeziehen. Es war ein Fehler der EU, ein so kulturell gespaltenes Land wie die Ukraine vor die Wahl zwischen West und

Ost zu stellen. Die EU muss in Kooperation mit Russland eine Lösung finden, die eine Integration der Ukraine in die westliche Staatengemeinschaft ermöglicht ohne zugleich eine enge Kooperationen mit Russland auszuschließen. Russland ist hauptverantwortlich an der Eskalation des Konflikts in der Ukraine, ist aber nicht alleine daran schuld. Die Entsendung von Bataillonen der NATO ins Baltikum und nach Polen im Juni 2016 tragen nicht gerade dazu bei, den Konflikt mit Russland zu entschärfen. Insbesondere die Beteiligung von deutschen Soldaten an den NATO-Operationen in der Nähe der russischen Grenze 75 Jahre nach Beginn des Russlandfeldzugs der Wehrmacht ist ein Zeichen von mangelhaftem Feingespür gegenüber Russland. Nur wenn man die Sorgen und Bedenken Russlands jedoch begreift, ist ein Schritt in Richtung Deeskalation möglich. Wissenschaftliche Studien sollten Erklärungsansätze zur Analyse der russischen Außenpolitik intensivieren, die neben geopolitischen und machtpolitischen Faktoren auch ideelle und historisch-kulturelle Aspekte beachten, um ein vollumfassendes Verständnis zu ermöglichen. Deshalb wird es auch in der Zukunft weiterhin wichtig bleiben, Russland zu verstehen.

Literaturverzeichnis

Literatur

Allison, Roy 2014: Russian 'deniable' intervention in Ukraine: how and why Russia broke the rules, in: International Affairs 90, The Royal Institute of International Affairs, S.1255 -1297.

BPB 2014: Dokumentation: Minsker Protokoll vom 5. September 2014, in: Bundeszentrale für politische Bildung, aufgerufen am 08.06.2016 unter:
<http://www.bpb.de/internationales/europa/ukraine/191799/dokumentation-minsker-protokoll-vom-5-september-2014>.

Bröckers, Matthias/ Schreyer, Paul 2016: Wir sind die Guten, München/ Berlin/ Zürich, Piper Verlag.

Eurasianstudies 2016: Updatet Crimean Census Numbers, aufgerufen am 15.06.2016 unter:
<https://eurasianstudies.wordpress.com/2016/03/12/updated-crimean-census-numbers/>.

Fischer, Sabine 2014: Eskalation in der Ukraine-Krise, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, S. 1-4.

Friedrich, Christin/ Költzow, Sarah/ Tilly, Jan 2011: Der Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen, in: Casebook Internationale Politik, Hrsg. Markus M. Müller, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 33-40.

Gerring, John 2004: What Is a Case Study and What Is It Good For?, in: The American Political Science Review, Hrsg. von American Political Science Association, Vol. 98, S. 341-354.

Götz, Roland 2015: Erdgas für die Ukraine im Winter 2015/16: Wie viel, zu welchem Preis, von wem?, in: Ukraine-Analysen, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Nr. 155.

Hyett, Nerida/ Kenny, Amanda/ Dickson-Swift, Virginia 2014: Methodology or method? A critical review of qualitative study reports, in: International journal of qualitative studies on health and well-being.

Jobst, Kerstin 2015: Die symbolische Bedeutung der Halbinsel Krim für Russland, in: Russland-Analysen, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Nr. 291.

Klein, Margarete 2015: Russlands neue Militärdoktrin, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, SWP-Aktuell 12.

Krone-Schmalz, Gabriele 2015: Russland verstehen, 2.Auflage 2015, Verlag C.H.Beck, München.

Kuzio, Taras 2010: The Crimea: Europe's Next Flashpoint?, The Jamestown Foundation, Washington D.C..

LPB 2016: Nervenkrieg um die Ukraine, in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, aufgerufen am 05.05.2016 unter: <https://www.lpb-bw.de/ukrainekonflikt.html>.

Mearsheimer, John 2014: Why the Ukraine Crisis is the West's Fault, in: Foreign Affairs, S. 1-8.

Metzler, Gabriele 2004: Einführung in das Studium der Zeitgeschichte, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn.

Richter, Wolfgang 2014: Die Ukraine-Krise, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, SWP-Aktuell 23.

Schörnig, Niklas 2010: Neorealismus, in Theorien der Internationalen Beziehungen, Hrsg. Siegfried Schieder/ Manuela Spindler, 3. Auflage, Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills, S. 65-96.

Schimmelfenning, Frank 2015: Internationale Politik, 4. Aktualisierte Auflage, Verlag Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG, Paderborn.

Sigurdsson, Arni Por 2015: Lost in Annexation? The Causes of Russia's Foreign Policy Choices in Crimea Anno 2014.

Styckow, Petra/ Daase, Christopher/ MacKenzie, Janet 2009: Politikwissenschaftliche Arbeitstechniken, Hrsg. Mir A. Ferdowsi, Wilhelm Fink GmbH und Co. Verlags-KG, Paderborn.

Ukraine-Analysen 2013: Umfragen zur kulturellen Orientierung der Bewohner auf der Krim, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Nr. 111.

Ukraine-Analysen 2015: Chronik- die Ukraine im Jahr 2014, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Nr. 126-144.

Ulbert, Cornelia 2010: Neorealismus, in Theorien der Internationalen Beziehungen, Hrsg. Siegfried Schieder/ Manuela Spindler, 3. Auflage, Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills, S. 427-460.

Von Beyme, Klaus 2016: Der Ukraine-Konflikt, in: Die Russland-Kontroverse, Springer Fachmedien, Wiesbaden, S. 81-106.

Waltz, Kenneth N. 1979: Theory of International Politics. Reading, Mass.: Addison Wesley.

Zehfuss, Maja 2002: Constructivism in international relations, Cambridge University Press, Cambridge.

Online-Medien

BBC 2015: Ukraine crisis in Maps, in: bbc.com, aufgerufen am 06.06.2016 unter: <http://www.bbc.com/news/world-europe-27308526>.

Bidder, Benjamin 2014: Streit über Ukraine-Berichte- Programmbeirat wirft ARD "antirussische Tendenzen" vor, in: Spiegel-Online, aufgerufen am 02.06.2016 unter: <http://www.spiegel.de/kultur/tv/ard-streit-um-ukraine-berichterstattung-a-993304.html>.

Broad, William J. 2014: Taking Crimea, Putin Gains a Seal of Fuel Reserves, in: The New York Times, aufgerufen am 09.06.2016 unter:

http://www.nytimes.com/2014/05/18/world/europe/in-taking-crimea-putin-gains-a-sea-of-fuel-reserves.html?_r=0.

FAZ 2014: Russland macht sich vom Westen unabhängiger, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, aufgerufen am 09.06.2016 unter:

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/neuer-gas-liefer-vertrag-von-russland-und-china-13256821.html>.

Focus 2010: Russland und Ukraine mit „historischem Abkommen“, aufgerufen am 13.06.2016 unter: http://www.focus.de/politik/ausland/energie-russland-und-ukraine-mit-und132historischem-abkommenund147_aid_500842.html.

Handelsblatt 2014: Nato wirft Russland massive Aufrüstung an der Grenze vor, in:

Handelsblatt, aufgerufen am 10.06.2016 unter:

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/ukraine-krise-nato-wirft-russland-massive-aufruestung-an-der-grenze-vor/10994162.html>.

Matlack, Carol 2014: Losing Crimea could sink Ukraine's Offshore Oil and Gas Hopes, in: Bloomberg.com, aufgerufen am 08.06.2016 unter:

<http://www.bloomberg.com/news/articles/2014-03-11/losing-crimea-could-sink-ukraines-offshore-oil-and-gas-hopes>.

Merkel, Reinhard 2014: Kühle Ironie der Geschichte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, aufgerufen am 02.06.2016 unter: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-krim-und-das-voelkerrecht-kuehle-ironie-der-geschichte>

[12884464.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2](http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-krim-und-das-voelkerrecht-kuehle-ironie-der-geschichte).

Mommsen, Hans 2014, Interview aus: Marine-Experte: Kim ist „Russlands Sprungbrett ins Mittelmeer“, in: Deutsche Welle, aufgerufen am 08.06.2016 unter:

<http://www.dw.com/de/marine-experte-krim-ist-russlands-sprungbrett-ins-mittelmeer/a-17463353>.

Neshitov, Tim 2014: Unter Brüdern, in: Süddeutsche Zeitung, aufgerufen am 03.06.2016 unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/ethnische-gruppen-auf-der-krim-unter-bruedern-1.1901747>.

Saivetz, Carol 2014, zitiert aus: Taking Crimea, Putin Gains a Seal of Fuel Reserves, in: The New York Times, aufgerufen am 09.06.2016 unter: http://www.nytimes.com/2014/05/18/world/europe/in-taking-crimea-putin-gains-a-sea-of-fuel-reserves.html?_r=0.

Spiegel.de 2015: Friedensgipfel für Ukraine- Die lange Nacht von Minsk, in: Spiegel Online, aufgerufen am 08.06.2016 unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/friedensgespraeche-fuer-ostukraine-scheitern-ausgeschlossen-a-1018002.html>.

Strittmatter, Kai 2014: Ein gemeinsamer Rivale ist der beste Kitt, in: Süddeutsche Zeitung, aufgerufen am 09.06.2016 unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/verhaeltnis-zwischen-russland-und-china-ein-gemeinsamer-rivale-ist-der-beste-kitt-1.1968868>.

Tagesschau.de 2015: Vom Maidan bis Minsk- Chronik der Ukrainekrise, aufgerufen am 20.06.2016 unter: <https://www.tagesschau.de/multimedia/bilder/ukraine-krise-133.html>.

Primärquellen

Janukowitsch, Viktor 2010, zitiert aus: Tauwetter zwischen Russland und der Ukraine, in: Neue Zürcher Zeitung, aufgerufen am 13.06.16 unter: <http://www.nzz.ch/moskau-kiew-neustart-1.5149980>.

Lavrov, Sergei 2014, zitiert aus: Lavrov- Current Ukrainian government depends on radical nationalists, in: Kyivpost, aufgerufen am 15.06.2016 unter: <http://www.kyivpost.com/article/content/ukraine/lavrov-current-ukrainian-government-depends-on-radical-nationalists-338791.html>.

Putin, Wladimir 2007, zitiert aus: Wladimir Putin: Rede auf der Münchner Konferenz zu Fragen der Sicherheitspolitik, in: AG Friedensforschung, aufgerufen am 09.06.2016 unter: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2007-putin-dt.html>.

Putin, Wladimir 2008, zitiert aus: Umstrittene Osterweiterung: Putin protestiert auf Nato-Gipfel - Russland fühlt sich "direkt bedroht", in: Spiegel Online, aufgerufen am 09.06.2016 unter: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/umstrittene-osterweiterung-putin-protestiert-auf-nato-gipfel-russland-fuehlt-sich-direkt-bedroht-a-545451.html>.

Putin, Wladimir 2010, zitiert aus: Putin satisfied with state of Ukrainian-Russian relations, in: Kyivpost, aufgerufen am 13.06.2016 unter: <http://www.kyivpost.com/article/content/ukraine/putin-satisfied-with-state-of-ukrainian-russian-re-71180.html>.

Putin, Wladimir 2014: Adress by President of the Russian Federation, in: The Kremlin Moscow, aufgerufen am 14.06.2016 unter: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/20603>.

Dokumente

Association Agreement 2014, in: Official Journal of the European Union, aufgerufen am 09.06.2016 unter: http://www.eeas.europa.eu/ukraine/docs/association_agreement_ukraine_2014_en.pdf.

Minsk Agreement 2015: Package of Measures for the Implementation of the Minsk Agreements, aufgerufen am 05.06.2016 unter: <http://www.spiegel.de/media/media-35901.pdf>.